

# Die Stimme

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Er erscheint wöchentlich einmal, je Freitag.  
Der Preis beträgt 10 Pf. für den Abonnenten.  
Einzelhefte 2 Pf. 50.

Die Redaktion für die „Stimme“ am H. Barnholt, Elm a. D., Postfach 47, Telefon 1448.  
Die Druckerei des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands ist in der  
Verwaltung der Arbeitervereine, Berlin N. O. 14, Gieselerstraße 222.  
Verantwortlich: H. Barnholt, Berlin N. O. 14, Gieselerstraße 222.  
Erscheinungsort: Berlin N. O. 14, Gieselerstraße 222.

Wenigen, die jedoch gepaltene Post-  
stelle 1 Pf., für den Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

### Summarische Tagesordnung

für den 21. ordentlichen Verbandstag des Deutschen Gewerksvereins am 5. Juni 1922 und den folgenden Tagen in Berlin, Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/28.

#### A. Vorversammlung.

Montag den 5. Juni 1922, abends 6 Uhr.

1. Prüfung der Mandate, ev. Revision der Geschäftsordnung.
2. Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
3. Wahl des Vilros.

#### B. Hauptversammlung.

Dienstag den 6. Juni und folgende Tage.

1. Die Stellung der Arbeiter und ihrer Organisationen in Wirtschaft und Produktion.
2. Besprechung sozialpolitischer Anträge.
3. Bericht über Tätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem 20. Verbandstage (1919).
4. Bericht über die Vertretung in der Arbeiterversicherung.
5. Abschluß der Verbandsliste und ihrer Nebenlisten.

#### C. Geschäftliche Sitzung.

1. Die zukünftige Gestaltung des Verbandes und seiner Organisation.
2. Anträge zum Verbandsorgan.
3. Anträge zur Verbandsagitiation.
4. Anträge zur Berufstrennung.
5. Anträge zur Verbandsjahung.
6. Verschiedene Anträge.
7. Genehmigung der Zentralratsbeschlüsse. — Etwasige Beschwerden.
8. Wahl der Verbandsbeamten und Revisoren.

Berlin, den 31. März 1922.

Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine.

Wilh. Gleichauf, Vorsitzender.  
F. Neustedt, Geschäftsf. Sekretär.

Zu dieser Tagesordnung des Verbandstages schreibt unser Zentralorgan des Verbandes „Der Gewerksverein“ folgendes:

Für die Gestaltung unserer Tagesordnung waren diesmal besonders drei Momente ausschlaggebend: Die Ereignisse in unserem Wirtschaftsleben folgen so schnell aufeinander, ihre Entwicklung ist infolge des unfeligen Diktats von Versailles äußeren Einflüssen und Hemmungen in so starkem Maße unterworfen, daß sich feste Normen, bestimmte Richtlinien, nach denen die Organisationen ihre Tätigkeit ausüben können, kaum feststellen lassen. Dazu kommt zweitens der von allen Seiten lebhaft geäußerte Wunsch, dieser Verbandstag möge, angesichts der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse und der auch im Organisationsleben eine sehr wichtige Rolle spielenden Geldentwertung, den inneren Ausbau unserer Gemeinschaft als seine Hauptaufgabe betrachten. Und endlich sollte, mit Rücksicht auf die gewaltigen Kosten, die eine solche Tagung zur Zeit verursacht, darauf hingewirkt werden, daß der Verbandstag nicht allzulange dauert, ohne daß natürlich darunter die Gründlichkeit der Verhandlungen leiden darf.

Trotz der oben gemachten Vorbehalte muß natürlich die Wirtschaftslage zur Erörterung

gestellt werden. Diesem Zwecke dient ein Referat über „Die Stellung der Arbeiter und ihrer Organisationen in Wirtschaft und Produktion“. Im Anschluß daran werden die wichtigsten sozialpolitischen Fragen besprochen und der Standpunkt der Gewerksvereine in Entschlüssen und Anträgen festgelegt werden. Der Ausbau der sozialen Versicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Schlichtungsordnung, der Nachtarbeitstag und manches andere Problem wird dabei zur Beratung kommen, und die Tatsache, daß auf alle diese Fragen bezügliche Anträge in der Tagesordnung

ledigt sind, dann ist damit auch ein weiterer Teil der Anträge der Tagesordnung erledigt. Denn auch draußen im Lande — und wir erblicken darin ein günstiges Zeichen für das Interesse an der Verbandsgemeinschaft — will man mit allen Kräften unsere Bewegung vorwärtsbringen, und man sieht ein, daß dieses Ziel nur erreichbar ist, wenn, der jetzigen Geldentwertung entsprechend, die finanziellen Grundlagen des Verbandes und der Ortsverbände mehr gefestigt werden.

In einer ganzen Reihe von Anträgen spielt die Berufstrennung eine Rolle. Auf allen Verbandstagen hat man sich mit dieser leidigen Angelegenheit beschäftigt, ohne daß es zu einer befriedigenden Regelung gekommen wäre. Dabei sei bemerkt, daß daran auch die anderen Organisationsrichtungen krankten. Diesmal ist durch Vorbesprechungen die Möglichkeit geschaffen, dem erstrebten Ziel ein gutes Stück näher zu kommen. Im Zusammenhang damit wird auch die Frage: Berufsverband oder Industrieverband einer eingehenden Erörterung unterzogen werden. Und weiter: Kollege Varnholt-Im hat vor einiger Zeit den Gedanken angeregt, sämtliche Gewerksvereine in einem Einheitsverband zusammenzufassen, so daß die einzelnen Berufe dann gewissermaßen Unterabteilungen, Sparten, des Einheitsverbandes würden. Der Vater des Gedankens hofft damit einmal die Berufstrennungsfrage zu lösen, weiter aber auch erhebliche Ersparnisse in der Verwaltung machen zu können. Der Gedanke hat hier und da Freunde, zweifellos aber viel mehr Gegner gefunden. Zu den Gründen dafür oder dagegen kann hier nicht einseitig Stellung genommen werden. Der Verbandstag selbst wird sich mit dem Plan, der auch schon in Hauptvorständekonferenzen zu lebhaften Aussprachen geführt hat, zweifellos sehr gründlich beschäftigen und sicherlich den richtigen Weg finden. Jedenfalls muß jedes Mittel angewandt, jeder Weg beschritten werden, der unsere Organisation vorwärtsbringen und das Wohl ihrer Mitglieder fördern kann.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen des Verbandstages werden auch die Arbeitersekretariate einnehmen. Anträge auf Errichtung solcher Einrichtungen liegen genug vor, und das Bedürfnis nach ihnen ist unstrittig an vielen Orten vorhanden. Ueber ihre Zweckmäßigkeit ein Wort zu verlieren, wäre überflüssig. Aber nun kommt die Reversoite der Medaille! Was kostet heute ein Arbeitersekretariat? Gewaltige Summen kommen da in Betracht, die vom Verbands allein nicht getragen werden können. Und wenn auch bisher die Hauptvorstände einzelner Gewerksvereine großes Entgegenkommen bezüglich der Unterstützung der Verbandssekretariate gezeigt haben, so darf doch auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Gewerksvereine durch die Unterhaltung ihrer eigenen Bezirkssekretariate und Geschäftsstellen selbst in sehr hohem Maße in Anspruch genommen werden. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß überhaupt auf keine Unterstützung „aus Berlin“ mehr gerechnet werden kann. Durchaus nicht! Wo zweifellos das Bedürfnis nach einem Arbeitersekretariat vorhanden ist, gleichzeitig aber auch das nötige Verständnis und die er-

### Zur Beachtung

für alle Ortsvereine und Mitglieder wird mitgeteilt, daß wegen der allgemein großen Papiernot die nächste „Stimme“ nicht erscheinen kann.

**Fr. Barnholt.**

enthalten sind, bürgt dafür, daß sie gründlich behandelt werden.

Wie immer bei derartigen Tagungen wird ein großer Teil der eingebrachten Anträge durch die Aussprache über den Tätigkeitsbericht erledigt werden. Damit in dieser Debatte die Frage, die im Mittelpunkt des diesjährigen Verbandstages stehen soll und muß, „die zukünftige Gestaltung des Verbandes und seiner Organisation“ nicht zu kurz kommt, wird dafür ein besonderes Referat erstattet werden. Im engen Zusammenhang damit steht die Organfrage, die unter dem Gesichtswinkel der enormen Preissteigerung für Papier und Druckkosten erörtert werden muß. Daß man sich dieser Tatsache nicht verschließt, zeigt eine Reihe von Anträgen, die eine völlige Verschmelzung aller Organe anstreben, so daß nur ein Zentralorgan bestehen bleibt, in dem jedem Beruf ein bestimmter Raum zur Verfügung gestellt wird. Die Sache ist, so einfach sie im ersten Augenblick aussieht, derartig kompliziert, daß sie im Rahmen dieser Ausführungen nicht gelöst werden kann. Daß dabei die Frage der Verbandsfinanzen gleichzeitig mit besprochen wird, ist selbstverständlich. Soll auf der einen Seite der Gesamtverband die ihm obliegenden Aufgaben erfüllen, sollen andererseits die Ortsverbände lebenskräftige Gebilde sein, die imstande sind, die allgemein örtlichen Verhältnisse im Sinne unserer Organisation zu beeinflussen, dann müssen ihnen auch die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Erfreulicherweise zeigt ein Blick in die Tagesordnung, daß dafür in allen Landesteilen Verständnis vorhanden ist, so daß auf eine befriedigende Lösung mit Sicherheit gerechnet werden kann.

Wenn alle diese das innerste Wesen des Verbandes betreffenden Angelegenheiten er-



forderliche Opferfreudigkeit unter den Mitgliedern, da kann zu seiner Errichtung geschritten werden. Die Opferfreudigkeit der betreffenden Kollegen aber muß so groß sein, daß sie selbst den überwiegenden Teil der Kosten aufzubringen sich entschließen. Die früheren Goldmarkstücke gelten dabei natürlich nicht; da muß schon etwas tiefer in die Tasche gegriffen werden.

Die Förderung unserer Jugendbewegung bezwecken ebenfalls mehrere Anträge. Es wäre freudig zu begrüßen, wenn der Verbandstag einen Weg fände, das Interesse für die Zukunft unserer Organisation, die doch mit einer starken Jugendbewegung eng verknüpft ist, lebhafter anzufachen. Eine regere Initiative zur Erfassung der Hausangestellten wird von den Ortsverbänden gefordert.

Noch mancher andere Antrag ist in der Tagesordnung enthalten, auf den hier nicht eingegangen werden kann, darunter mancher alte Bekannte, der auf jedem Verbandstag wiederkehrt, z. B. die Forderung, die Delegation zum Verbandstage anders zu organisieren. Auch das unbedingte Festhalten an der politischen und religiösen Neutralität soll erneut beschlossen werden. Der Ausbau des Gewerkschaftsrings spielt ebenfalls eine Rolle, und die schwierige Ernährungslage des Volkes bildet den Inhalt unserer Anträge.

Am Beratungsstoff wird es also nicht fehlen, und am guten Willen, das Beste für unsere Verbandsgemeinschaft herauszuholen, wird es den Verbandstagsabgeordneten auch nicht mangeln. Wenn nicht alles trügt, wird dieser Verbandstag, was bei den veränderten Verhältnissen selbstverständlich ist, manche Neuerung auch in unserer Organisation bringen. Mögen sich also die Abgeordneten der hohen Verantwortung bewußt sein, die ihnen durch das Vertrauen ihrer Wähler übertragen ist!

## Der deutsch-russische Vertrag.

Aus der Not wurde der Vertrag von Rapallo geboren, jener Vertrag, der den beiden meistgeprüften Staaten und Völkern dazu verhelfen soll, sich gegenseitig in ihren Wirtschaftsnöten durch Hebung des Handels- und Wirtschaftsverkehrs beizustehen und der unter die Vergangenheit einen Strich zieht. Schon seit Wochen war der Vertrag in Vorbereitung. Bereits in Berlin hatten zu einer Zeit, als noch niemand an die Abreise nach Genua dachte, Vertreter des Auswärtigen Amtes und der Sowjetregierung den Entwurf fertiggestellt. Als man am deutschen Volke einen neuen Aderlaß vornehmen und seine Wirtschaft erneut fesseln wollte, kam er zum Abschluß. Sein Inhalt bezweckt nichts weiter, als den Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Völkern zu regeln. Was Auslandszeitungen deutschfeindlicher Tendenz dem Wirtschaftsabkommen politisch oder gar militärisch noch unterschieben wollen, ist nichts als böswillige Verleumdung.

Im deutsch-russischen Vertrag ist nichts zu finden, was gegen die guten Sitten verstößt. Ebenso ist es nicht illoyal, wenn Deutschlands Genua-Delegation angefaßt der Tatsache, daß andere Delegationen im geheimen Verhandlungen führten, die sich naturgemäß letzten Endes gegen Deutschland richteten, sich zur Wehr setzte.

Artikel I des deutsch-russischen Vertrages regelt die Beilegung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland.

Beide Vertragskontrahenten verzichten auf Ersatz der Kriegskosten und der Privatkriegsschäden. Sie verzichten auf die Erstattung der für die Kriegsgefangenen gemachten Auslagen. Die russische Regierung verzichtet auf die Erstattung des Erlöses aus dem von Deutschland vorgenommenen Verkauf russischen Heeresgutes. Artikel II stellt einen deutschen Verzicht auf Ansprüche dar, die sich aus von der Sowjetregierung gegen deutsche Reichsangehörige getroffenen Maßnahmen ergeben haben. Artikel III fixiert die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Artikel IV enthält das Meistbegünstigungsrecht. Artikel V versichert, daß beide Länder

ihren wirtschaftlichen Bedürfnissen in wohlwollender Weise entgegenkommen werden. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr mitgeteilten, von Privatfirmen beabsichtigten Unternehmungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Deutschland und Rußland hatten wirtschaftlich bis zu den Unglückstagen von 1914 denkbar enge Beziehungen miteinander. Wohl war französisches und belgisches Kapital in gewaltigen Summen in Rußlands industriellem Leben investiert. Aber auch deutsches Unternehmertum war nicht minder stark vertreten. Vor allem aber war der Deutsche des Russen liebster Arbeitskamerad. Deutschfeindliche Heßarbeit und Kriegsstimmung hat den Deutschen dem Russen nicht entfremdet. Überall, ob in Moskau, ob in Petersburg, an der Wolga oder in Sibirien, ist die Achtung vor dem Deutschen die gleiche geblieben wie vor den Julitagen 1914. Und auf dieser Achtung, die zu erhalten unser Bemühen sein muß, wollen wir den durch den Vertrag von Rapallo funktionierten Wirtschaftswechselverkehr mit Rußland wieder aufbauen!

Gewiß ist das Problem Rußland auch heute noch eines der schwierigsten: Verkehrszerrüttung, Hungersnot, soziales Elend. Hilfe von außen aber — und sie braucht keineswegs nur in klingender Münze zu bestehen — in Lebensmitteldingen, sondern kann noch wirksamer sein durch Einführung gutdurchdachter Organisation — kann der Verelendung steuern und, wenn es auch länger Jahre dazu bedarf, und schier übermenschlicher Arbeit, Rußland wieder zu dem machen, was es einst war: zur Kornkammer Europas und zum europäischen Rohstofflager.

Daß man heute, nach sicherlich zu langer Zeit innerpolitischer Latenz, im Kreml gewillt ist, Wiederaufbaupolitik zu treiben, selbst unter Hintanstellung eines sakrosankt gepriesener Prinzipien . . . das wird jedem offenbar sein, der Rußlands Entwicklung in der jüngsten Periode mit offenen Augen verfolgt hat.

Wohl fordert der Hunger immer noch eine überaus große Zahl von Opfern. Doch in Moskau, Petersburg, an der nördlichen Wolga, überall, wo es Industrie gibt, werden die Maschinen wieder instand gesetzt, wird nach Jahren qualvollster Agonie versucht, das Leben wiederzugewinnen.

Und da es an allem fehlt im Sowjetreiche, an allem, was ein Volk braucht, um sich wieder aufzuhelfen, darum geht die Sowjetregierung eifrig darauf aus, durch fremdes Kapital, durch technisch durchgebildete Kräfte und ausländischen Unternehmungssinn und Organisation ihrer gestörten Volkswirtschaft neues Lebensblut zuzuführen. Das will sie, indem sie dem Außenhandel die Bahn freigibt.

Dieser Umstand wird den gemischt-wirtschaftlichen Gesellschaften zugute kommen, um deren Gründung sich die Sowjetregierung bemüht hat, und deren Zulassung im Außenhandelsdekret der Sowjetregierung (bezw. Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitee) vom 13. März 1922 genehmigt wird. Ihnen wird das Recht eingeräumt zum Export- und Importhandel mit der R. S. F. S. R. die bestehenden Organe des Volkswirtschafts für Außenhandel zu benutzen, oder aber — was einer vollkommenen Öffnung des russischen Marktes gleichkommt — sich eigene Apparate zu schaffen, d. h. Niederlassungen und Filialen zu gründen. Der Schlußsatz des Art. V des deutsch-russischen Abkommens enthält eine Erklärung der deutschen Regierung, „die von Privatfirmen beabsichtigten Unternehmungen nach Möglichkeit zu unterstützen.“

Schon vor dem Abschluß des Rapallo-Vertrages waren zwischen der Sowjetregierung und deutschen Unternehmungen gemischt-wirtschaftliche Gesellschaften gegründet worden, von denen nur die Deutsch-russische Luftverkehrs-gesellschaft, die in Kürze den Luftverkehr Moskau-Königsberg i. Pr. aufnehmen wird und die Deutsch-russische Transportgesellschaft erwähnt sein mögen. Wohl behält die Sowjetregierung dadurch, daß sie die Hälfte des Stammkapitals der gemischten Gesellschaften aufbringt und ihren Vertretern im

Aufsichtsrat und in der Direktion Parteilichheit, entscheidenden Einfluß. Inwieweit aber ist dem Unternehmungsgeist und wirtschaftlicher Privatinitiative die Bahn nach Osten freigegeben.

Kauft vorläufig der Westen, kauft das valutaschwache Rußland gewaltige Mengen deutscher Waren, so wird der Absatz doch dann Stockungen erleiden, wenn die deutsche Mark sich ihrem Friedenswert nähert und die Erzeugnisse deutscher Industrie und deutscher Werkmannsarbeit sich nicht mehr unter dem Weltmarktpreis halten werden. Dann aber kann das kriegs- und revolutionsoverwältete, warenhungrige Rußland mit seinen Menschenmassen und Entwicklungsmöglichkeiten wieder als aufnahmefähiges Absatzgebiet für deutsche Waren und Industrieerzeugnisse in Frage kommen und uns Rohstoff-Gegenwerte liefern. Darum ist der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages mehr als ein politischer Akt: eine politische Tat, die Deutschland ein neues weites Absatzgebiet erschließt und der deutschen Arbeiterkraft, deutschem Handel und deutscher Technik Schaffens- und Entwicklungsmöglichkeit bietet.

## Leuchtturgen vom Mittelmeer.

Von Abg. W. Erkelenz.

Man möchte gern schreiben über die Konferenz von Genua, aber man versucht vergeblich irgendwo einzuladen. Die laufenden Nachrichten bringt die Tagespresse. Sie urteilt darüber oft auch mit mehr oder weniger Sachkenntnis. Der Stoff ist zu groß für ein Wochenblatt. Urteile, Kritiken aber, die an dieser Stelle angebracht wären, kann man nicht abgeben. Noch nicht, denn das Ende liegt im Nebel. Und von diesem Ende ist alles abhängig, was man zu diesem Weltparlament zu sagen hat. Mehr als je gilt hier das Wort: Ende gut, alles gut; aber auch umgekehrt: Ende schlecht, alles schlecht. Warten wir also dies Ende ab. Es wird einmal kommen.

Bei allem Wirrwarr der Sprachen und bei allen Widersprüchen der Meinungen gleicht die Konferenz in einem Punkte einem großen Konzert. Nämlich sie hat einige wenige führende Stimmen und daneben viele Begleitstimmen, die die Lücken ausfüllen, wenn die Großen schweigen. Die Begleitstimmen, d. h. die Kommissionen, Subkommissionen, Unterkommissionen, Sachverständigenausschüsse, die international sind, und daneben all die zahlreichsten Sitzungen u. Besprechungen der einzelnen Ländervertreter, sie alle haben bisher den Eindruck des Fleißes und der Geschäftigkeit in ihrer Arbeit gemacht. Und sie waren auch sehr fleißig. Aber ihre Arbeit war Begleitmusik. Weder die Finanz-, noch die Wirtschaftskommission stehen im Mittelpunkt, machen den eigentlichen Inhalt der Konferenz aus. Ihre Verrichtungen und Richtlinien sind schön und wertvoll, aber im großen Zusammenhang gesehen, sind sie nur Nebenarbeit. Schon weil es nur Verrichtungen und Richtlinien sind, und keine für alle verbindlichen Beschlüsse.

Der Schwerpunkt dieser sonderbarer Weise „Wirtschaftskonferenz“ genannten Völkerversammlung, liegt im politischen. Und die ganze Entwicklung dieser Wochen war immer mehr zum politischen hin. Zwei wirtschaftliche Ausschüsse — Finanz und Transport — haben ihre Arbeit ganz beendet. Der dritte wird sie dieser Tage beenden. Dann ist die Begleitmusik erledigt und dann werden die wenigen großen führenden Stimmen sprechen und handeln müssen, wenn nicht nach außen der Eindruck entstehen soll, als hätten sich die führenden Staatsmänner Europas hier zu einem gemühtlichen Sommerklub eingefunden. Und dann beginnt erst der eigentliche Inhalt der Konferenz lebendig zu werden. Dann heißt es: Friede für Europa oder neuer Krieg? Zusammenbruch oder Wiederaufbau? Ordnung oder Chaos.

Das spricht sich leicht, aber das Tun ist schwer. Denn hinter den Staatsmännern stehen die Völker und die lernen nur langsam



Wenn das französische Volk und seine Führer sich als Sieger fühlen, dann wollen sie es erwidern, dann wollen sie Geld und vor allen Dingen politische Macht. Niemand mag es, in Frankreich diesen Leuten zu folgen: alles vergeht, auch Siege. Und Reichthümer in gigantischer Größe kann kein Volk geben. So handeln die Staatsmänner irrsinnig, weil sie Angst vor ihren Vätern haben, aber, wie der Chinese sagt: Angst vor dem Böbel. Denn auch die Väter als Gesamtheit sind nicht so ganz schuldig. Die Sünder sind die schmale Schicht, die in Presse und Versammlungen den Ton angibt. Ein kluger Mann sagte dieser Tage hier: Das ganze Problem der Unruhe Europas könne man in dem Satz ausdrücken: wie sage ich es meinem Kinde? Das heißt: wie bringt man den Massen Frankreichs bei, daß sie von Deutschland keine großen Reichthümer erhalten können?

Internationale Kongresse sind schwere Werkzeuge. Schon die sprachlichen Schwierigkeiten sind ungeheuerlich. Wer außer seiner eigenen Sprache nicht wenigstens englisch oder französische spricht, ist so ziemlich kalt gestellt. Und selbst die Weltsprache des Englischen allein nützt einem noch nicht immer viel. Das Französische herrscht vor. Fast alle die kleinen Völker bezw. ihre Vertreter sprechen französisch. Immerhin wird alles noch ins Englische übersetzt. Alle anderen Sprachen fallen unter den Tisch, kommen nur für den Privatgebrauch in Frage. Gelingt es, die sprachlichen Grenzen zu überschreiten, so kommen die politischen Grenzen. Denn weniger Mitglieder fremder Vertretungen werden sich andern gegenüber offen und ehrlich aussprechen. Immer merkt man die Zurückhaltung, die Angst zu viel zu sagen, sich festzufahren oder irgend ein Staatsgeheimnis zu verraten. Es ist komisch, all die kleinen Staatsmänner zu sehen, die glauben, auf ihrer Junge liege wohlbehütet das Schicksal der Welt und die im Brustton ihrer Wichtigkeit schweigen, dabei aber meist selber nichts wissen. Zum Teil liegt das daran, daß man sich zu wenig kennt. Es gibt in allen Vertretungen eine kleine Anzahl von Leuten, die sich aus den 20 bis 30 offiziellen und inoffiziellen Zusammenkünften der letzten drei Jahre kennen und sich offen gegenüber treten. Die andern sind vor 17 Tagen von allen Gestaden Europas und Ostens hierhergezogen, haben nie von einander gehört und kommen nun erst ganz allmählich einander näher. Die Konferenz müßte mindestens 6 Monate dauern, wenn ein großer Teil der Beteiligten sich untereinander verstehen lernen sollte.

(Schluß folgt.)

## Die deutsche Holzindustrie und ihre Rohstoffe.

Von Karl Wachwitz  
(Schluß.)

Noch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts war es eine wichtige Aufgabe der Forstwirtschaft das erforderliche Brennholz zu liefern und zweckmäßig zu verteilen und bei den damals noch üblichen verschwenderrischen Feuerungsanlagen war der Bedarf an Brennholz außerordentlich groß. In dieser Richtung brachte dann allerdings der Aufschwung in der Ausbeutung der Kohlen- und Torflager eine Wenderung herbei und die holzerzeugende Forstwirtschaft mußte auf reine Brennholzwirtschaft verzichten und den Schwerpunkt auf die Nutholzproduktion legen. Wenn man nun auch damals beabsichtigte, daß die Ausbeutung des Kohlenbergbaues eine Wertverminderung des Holzes zeitigen würde, so hat man auch hier eine Enttäuschung erlebt. Der Bergbau und zwar nicht allein der Kohlenbergbau erfordert jährlich eine gewaltige Menge Brennholz, zum Ausbau und zur Stütze der abgebauten Strecken. Auf je eine Tonne geförderter Steinkohle verfrachtet der Bergbau im Durchschnitt 0,65 Festmeter Grubenholz. Die Braunkohlen benötigen nur 0,41 Festmeter Holz auf je eine Tonne geförderter Kohle. Im Jahre 1913 waren also im deutschen Kohlenbergbau bei einer Gesamtförderung von 180

Millionen Tonnen Steinkohle und 87 Mill. Tonnen Braunkohle insgesamt 752 Mill. Festmeter Grubenholz erforderlich. Das macht etwa den vierten Teil der gesamten Ausbeute an Nutholz aus den deutschen Wäldern aus. Aus diesen Grubenholzmengen werden aber auch in den übrigen Bergwerken Grubenhölzer gebrauchlich.

Gewiß haben sich auch im Bergwerksbetriebe Bestrebungen geltend gemacht, die darauf abzielen, den Holzverbrauch in den Förderstrecken durch vermehrte Verwendung von Eisen, Beton und Mauerwerk einzuschränken. Zweifellos aber muß das Holz noch immer als der beste Baustoff für den Ausbau der Grubenstrecken gelten und man muß es als ausgeschlossen bezeichnen, daß im Grubenbetriebe das Holz jemals verdrängt werden wird.

Einen gewaltigen Anteil am Holzverbrauch nehmen alle die Holzindustrien für sich in Anspruch, die den Bedarf an hölzernen Gebrauchsgegenständen der Bevölkerung decken. Da sind Schreiner, Wagner, Böttcher, Drechsler. Ferner der Schiffbau, Wagenbau, Möbeldindustrie usw. So muß man mit Bestimmtheit annehmen, daß der Holzverbrauch in Deutschland noch immer weiter steigen wird. Zu den Erträgen unserer Waldwirtschaft liefert die deutsche Obstbaumzucht jährlich etwa 2 Millionen Festmeter. Das kann allerdings nur als eine Nebenbenutzung angesehen werden und es geht immer in der Hauptsache dahinaus, daß es vor allem gilt, unsere Waldbestände auf das Sorgfältigste zu pflegen und zu bewirtschaften.

Für die große Bedeutung des Holzes als Rohstoff zu sprechen, sind die Angaben aus der Staatsforstverwaltung Bayerns vom Jahre 1910 geeignet. Darnach erfordern 54 Hektar Waldfläche zu ihrer Pflege im Durchschnitt die Arbeitskraft eines Kollarbeiters im ganzen Jahre. Veranschlagt man nun, daß die gesamte deutsche Waldfläche bis zur Abtretung der an Polen gefallenen Gebiete rund 14 Millionen Hektar betrug, so waren zur Erledigung aller Waldarbeiten, wie sie von dem Säen an bis zur Uebergabe des Holzes an den Käufer nötig sind, rund 260 000 vollbeschäftigte Arbeiter erforderlich. Solche Arbeitsleistungen erfordert das Werden und Entstehen des Rohstoffes für unsere heimische Holzindustrie. (Deutscher Holzmarkt.)

## □ □ Von den Lohnbewegungen. □ □

### Für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh.

Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde in den Verhandlungen vom 2. u. 3. Mai 1922 in Nürnberg folgender Nachtrag vereinbart:

#### Zu Art. VI. Arbeitslohn.

1) Der Durchschnitts-Spitzenlohn in Ortsklasse II für Facharbeiter über 22 Jahre beträgt  
ab 1. Mai 1922 19,60 M.  
ab 20. Mai 1922 22.— "

#### 2) Ortsklassierung.

Die Berechnung der Löhne in den einzelnen Ortsklassen wird wie folgt geregelt:

Ortsklasse:	II	III	IV	V	VI
	100%	95%	90%	85%	80%

#### 3) Altersklassierung.

Die Berechnung der Löhne in den einzelnen Altersstufen wird wie folgt geregelt:  
Arbeiter u. Arbeiterinnen über 22 Jahre 100%  
" von 20-22 " 90%  
" 18-20 " 75%  
" 16-18 " 60%

#### 4) Berufsgruppenklassierung.

Die Abstufung wird wie folgt festgesetzt:  
Hilfsarbeiter über 22 Jahre erhalten 95%  
Facharbeiterinnen über 22 Jahre " 75%  
Hilfsarbeiterinnen " 65%  
ber Löhne der Facharbeiter über 22 Jahre.

#### 5) Lohnzulagen.

Die Zulagen auf die bestehenden Löhne errechnen sich aus der Differenz zwischen den bisherigen Durchschnittslöhnen und den neuen Durchschnittslöhnen.

#### 6) Montozulagen (Art. VII § 16 B. L. B.)

Die Zuschläge für Montagearbeiten werden wie folgt festgesetzt:

Ortsklasse	II	III	IV	V	VI
zu a)	1.—	2.—	—	—	—
zu b)	20.—	—	—	15.—	—
zu c)	80.—	—	—	80.—	—

7) Ablauftermin 9. Juni 1922.

Nürnberg, den 3. Mai 1922.

(Folgen die Unterschriften)

Nach dieser Vereinbarung betragen nun die Durchschnittslöhne für das Holzgewerbe in Bayern r. d. Rh.

ab 1. Mai 1922.					
Ortsklasse:	II	III	IV	V	VI
<b>Facharbeiter</b>					
über 22 Jahre	19,60	18,60	17,65	16,65	15,70
v. 20-22 "	17,65	16,75	15,90	15.—	14,15
" 18-20 "	14,70	13,95	13,15	12,50	11,80
" 16-20 "	11,75	11,15	10,60	10.—	9.—
<b>Hilfsarbeiter</b>					
über 22 Jahre	18,60	17,65	16,75	15,80	14,90
v. 20-22 "	16,75	15,90	15,10	14,20	13,40
" 18-20 "	13,95	13,15	12,55	11,85	11,20
" 16-3 "	11,15	10,60	10,05	9,50	8,95
<b>Facharbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	14,70	13,95	13,15	12,50	11,80
v. 20-22 "	13,25	12,55	11,85	11,25	10,60
" 18-20 "	11.—	10,45	9,85	9,40	8,85
" 16-18 "	8,80	8,35	7,90	7,50	7,10
<b>Hilfsarbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	12,75	12,10	11,50	10,80	10,20
v. 20-22 "	11,50	10,90	10,35	9,70	9,20
" 18-20 "	9,55	9,10	8,65	8,10	7,65
" 16-18 "	7,65	7,25	6,90	6,50	6,10

ab 20. Mai 1922.

Ortsklasse:	II	III	IV	V	VI
<b>Facharbeiter</b>					
über 22 Jahre	22.—	20,90	19,80	18,70	17,60
v. 20-22 "	19,80	18,80	17,80	16,85	15,85
v. 18-20 "	16,50	15,70	14,85	14.—	13,20
v. 16-18 "	13,20	12,55	11,90	11,20	10,55
<b>Hilfsarbeiter</b>					
über 22 Jahre	20,90	19,85	18,80	17,75	16,70
v. 20-22 "	18,80	17,85	16,90	16.—	15,05
v. 18-20 "	15,70	14,90	14,10	13,30	12,55
v. 16-18 "	12,55	11,90	11,30	10,65	10.—
<b>Facharbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	16,50	15,70	14,85	14.—	13,20
v. 20-22 "	14,85	14,15	13,35	12,60	11,90
" 18-20 "	12,40	11,80	11,15	10,50	9,90
" 16-18 "	9,90	9,40	8,90	8,40	7,90
<b>Hilfsarbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	14,30	13,60	12,85	12,15	11,45
v. 20-22 "	12,85	12,25	11,55	10,95	10,30
" 18-20 "	10,75	10,20	9,65	9,10	8,60
" 16-18 "	8,60	8,15	7,70	7,30	6,85

Die Lohnzulagen auf die bestehenden Löhne betragen nach Ziffer 5 der Vereinbarung demnach

ab 1. Mai 1922.

Ortsklasse:	II	III	IV	V	VI
<b>Facharbeiter</b>					
über 22 Jahre	3.—	2,70	3,05	3,15	2,60
v. 20-22 "	2,85	2,70	3,15	3,20	2,65
" 18-20 "	2,40	2,35	2,45	2,70	2,20
" 16-18 "	1,95	1,90	1,75	1,90	1,40
<b>Hilfsarbeiter</b>					
über 22 Jahre	2,90	2,55	2,85	3.—	2,40
v. 20-22 "	2,85	2,65	3,05	3,10	2,50
" 18-20 "	2,55	2,35	2,55	2,75	2,20
" 16-18 "	2,25	2,10	1,95	2,10	1,65
<b>Facharbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	2,70	2,45	2,35	2,40	1,90
v. 20-22 "	2,85	2,60	2,50	2,60	2,15
" 18-20 "	2,25	2,10	2,10	2,20	1,80
" 16-18 "	1,65	1,50	1,45	1,55	1,25
<b>Hilfsarbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	1,65	1,40	1,45	1,40	—,95
v. 20-22 "	1,90	1,45	1,85	1,80	1,40
" 18-20 "	1,50	1,50	1,70	1,70	1,35
" 16-18 "	1,10	1,05	1,15	1,25	—,95

ab 20. Mai 1922.

Ortsklasse:	II	III	IV	V	VI
<b>Facharbeiter</b>					
über 22 Jahre	2,40	2,30	2,15	2,05	1,90
v. 20-22 "	2,15	2,05	1,90	1,85	1,70
" 18-20 "	1,80	1,75	1,70	1,50	1,40
" 16-18 "	1,45	1,40	1,30	1,20	1,15
<b>Hilfsarbeiter</b>					
über 22 Jahre	2,30	2,20	2,05	1,95	1,80
v. 20-22 "	2,05	1,95	1,80	1,80	1,65
" 18-20 "	1,75	1,75	1,55	1,45	1,35
" 16-18 "	1,40	1,30	1,25	1,15	1,05
<b>Facharbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	1,80	1,75	1,70	1,50	1,40
v. 20-22 "	1,60	1,60	1,50	1,35	1,30
" 18-22 "	1,40	1,35	1,30	1,10	1,05
" 16-18 "	1,10	1,05	1.—	—,90	—,80
<b>Hilfsarbeiterinnen</b>					
über 22 Jahre	1,55	1,50	1,35	1,35	1,25
v. 20-22 "	1,35	1,35	1,20	1,25	—,90
" 18-20 "	1,20	1,10	1.—	1.—	—,95
" 16-18 "	—,95	—,90	—,80	—,80	—,75



**Für das Holzgewerbe im Lohngebiet Hamburg**  
ist zwecks Beendigung des Streiks und der  
Ausperrung am 3. Mai ein Schiedspruch  
gefällt worden, der nachstehende Zulagen vor-  
sieht:

Ortsklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 10. April	4.50	4.10	3.90	3.70	3.60	3.50
ab 12. Mai weiter	1.50	1.30	1.30	1.30	1.30	1.20

Die Spitzenlöhne in den einzelnen Orts-  
klassen betragen ab 12. Mai 1922 dann in

Ortsklasse	I	II	III	IV	V	VI
	24.70	22.20	21.05	20.00	19.15	18.15

□ □ **Aus den Ortsvereinen.** □ □

Berlin II. Recht interessant gestaltete sich  
unsere letzte stattgefundene Ortsvereinsver-  
sammlung. Namentlich zwei Punkte der Ta-  
gesordnung dürften für die übrigen Ortsvereine  
von Interesse sein. In der zuerst zu bespre-  
chenden Angelegenheit handelte es sich um die  
Stellungnahme zu der neu einzuführenden  
Beitragssteigerung. Ausnahmslos vertraten  
alle Diskussionsredner der verhältnismäßig  
gut besuchten Versammlung den Standpunkt,  
daß der Beitragssatz, im Interesse der Mit-  
glieder, möglichst hoch zu wählen sei. Vom  
Kollegen H. Wittenberg wurde sodann  
ein Antrag eingereicht, fordernd, die höchste  
Stufe von 19.50 M. für den Ortsverein fest-  
zusetzen. Aus dem Kreise der Mitglieder  
wurde der Vorschlag gemacht, über diesen An-  
trag öffentlich abstimmen zu lassen. Der, in  
der Versammlung zufällig anwesende Vor-  
sitzende der Großberliner Lokalverwaltung,  
Kollege G. Mühl e, ersuchte aber, die Ab-  
stimmung geheim vorzunehmen, um ein recht  
freimütiges Urteil der Kollegenschaft zu ha-  
ben und den Schein eines Gewissenszwanges  
zu vermeiden. Eine demgemäß erfolgte Ab-  
stimmung durch Stimmzettel ergab die fast  
einstimmige Annahme des Antrages Witten-  
berg. Unser Ortsverein wird also jetzt einen  
Beitrag von 19.50 M. pro Woche erheben,  
außer den Beiträgen für die Krankenkasse  
und Sterbekasse, sowie Lokalkasse.

Wurde nun schon ab der Einmütigkeit die  
die erwähnte Abstimmung ergab, in je-  
dem Anwesenden ein gehobenes Gefühl er-  
weckt, so erreichte die Stimmung doch erst ih-  
ren Höhepunkt bei dem nun folgenden Vor-  
trag unseres Hauptvorsitzenden, Kollegen M.  
Schumacher. Thema: „Das Reichsmieten-  
gesetz.“ Auf das Gesetz im allgemeinen soll  
hier nicht näher eingegangen werden, weil

an dieser Stelle wohl nicht der Platz zur Ver-  
öffentlichung des Gesetzes ist. Aber der Ein-  
druck, den dieser Vortrag auf alle Beteiligte  
machte, sei hier wiedergegeben. In gemeinver-  
ständlicher, fesselnder Weise, wie für wohl  
schon jeder Gewerkschaftskollege an Kollegen  
Schumacher kennen gelernt hat, schilderte der  
Vortragende die Entstehung und den Verbe-  
gang dieses Gesetzes; an welchem er persön-  
lich als Mitglied des Reichswirtschaftsrates  
mitgearbeitet hatte. Wohl jedem wurde da-  
bei klar, daß dem Zustandekommen eines sol-  
chen Gesetzes scheinbar unüberwindliche Wi-  
derstände entgegenstehen. Und manchem, der  
vorher in dem Gesetz Härten und Ungerech-  
tigkeiten erblickt hat, wird nach diesem Vor-  
trag klar geworden sein, daß in keinem Gesetz  
die Wünsche einer einzelnen Wirt-  
schaftsgruppe restlos erfüllt werden können,  
sondern daß immer, um jedem gerecht zu wer-  
den, Licht und Schatten gleichmäßig verteilt  
werden müssen. — Wohl das Wissen eines  
jeden Beteiligten ist durch diesen Vortrag sehr  
zu seinem Vorteil bereichert worden. Schade  
nur, daß nicht alle Kollegen anwesend waren.  
Ein jeder hätte reichen Gewinn von diesem  
Vortrag gehabt. Möge jeder säumige Ver-  
sammlungsbesucher daraus erkennen, daß ein  
regelmäßiger Versammlungsbesuch nur von  
Segen für jedes Mitglied sein kann. Deshalb  
richte ich von dieser Stelle aus an alle Ge-  
werkschaftskollegen den Appell: „Auf in die  
Versammlungen!“

**Amliche Bekanntmachungen.**

**Genehmigungsurkunde.**

Die von der ordentlichen Generalver-  
sammlung der Sterbekasse des Gewerkschafts-  
vereins der Holzarbeiter Deutschlands in Berlin am  
26. Juni 1921 beschlossenen Änderungen der  
Paragraphen 5, 6, 8, 10, 16 und 22 der  
Satzung werden mit Rückwirkung von der 27.  
Woche 1921 ab gemäß § 13 des Gesetzes über  
die privaten Versicherungsunternehmen vom  
12. Mai 1901 (Reichsgesetzblatt S. 139)  
genehmigt.

Die Änderungen lauten:

§ 5 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Stufe I				
100.—	A nach	52	gezahlt.	Wochenbeitr. v. 10 M.
107.50	" "	104	" "	" "
115.—	" "	156	" "	" "
122.50	" "	208	" "	" "
130.—	" "	260	" "	" "
150.—	" "	520	" "	" "

Stufe II				
150.—	A nach	52	gezahlt.	Wochenbeitr. v. 15 M.
160.—	" "	104	" "	" "
170.—	" "	156	" "	" "
180.—	" "	208	" "	" "
190.—	" "	260	" "	" "
225.—	" "	520	" "	" "
Stufe III				
200.—	" "	52	" "	20 "
215.—	" "	104	" "	" "
230.—	" "	156	" "	" "
245.—	" "	208	" "	" "
260.—	" "	260	" "	" "
300.—	" "	520	" "	" "
Stufe IV				
300.—	" "	52	" "	30 "
320.—	" "	104	" "	" "
340.—	" "	156	" "	" "
360.—	" "	208	" "	" "
380.—	" "	260	" "	" "
450.—	" "	520	" "	" "
Stufe V				
400.—	" "	52	" "	40 "
430.—	" "	104	" "	" "
460.—	" "	156	" "	" "
490.—	" "	208	" "	" "
520.—	" "	260	" "	" "
600.—	" "	520	" "	" "
Stufe VI				
500.—	" "	52	" "	50 "
540.—	" "	104	" "	" "
580.—	" "	156	" "	" "
620.—	" "	208	" "	" "
640.—	" "	260	" "	" "
750.—	" "	520	" "	" "

Außerdem bleiben für diejenigen Mit-  
glieder welche bereits der Klasse angehören  
und vor Ablauf eines Jahres nach Inkraft-  
treten der neuen Bestimmungen sterben, die-  
jenigen Sätze für die Leistungen der Kasse in  
Kraft, wie sie im Nachtrag I § 5 Absatz 2 vor-  
gesehen sind.

Der erhöhte Beitrag tritt von der 27.  
Woche 1921 ab in Kraft und haben diejen-  
igen Mitglieder, welche ihre Beiträge bereits  
im Voraus bezahlt haben, die Erhöhung nach-  
zuzahlen.

Bei § 6 Nachtrag I wird in der ersten Zeile  
das zweite Wort „volle“ gestrichen.

In § 8 Nachtrag I wird in der dritten Zeile  
die Zahl 450 durch 750 ersetzt.

§ 10 mit den Änderungen in Nachtrag I  
und II ist zu streichen.

Der Anhang zu §§ 16 und 22 Abs. 2, wie er  
im Nachtrag II vorgesehen war, ist zu streichen.

Genehmigt durch Verfügung vom 20.  
April 1922.

Das Reichsaufsichtsamt f. Privatversicherung.  
(L. S.)

IV 75/7  
In Vertretung  
gez. Deichmann.

**Anzeigen.**

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Inserenten gegenüber nicht verantwortlich.

**21. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine S. D.**  
Berlin Pfingsten 1922.

**An die Berliner Kollegen!**

Die Unterbringung der Delegierten des Verbandstages bietet diesmal an-  
sichts der Wohnungsnot ganz besondere Schwierigkeiten. Deshalb richten wir  
an die Berliner Kollegen, denen es möglich ist, einen Kollegen während der Pfingst-  
woche gegen entsprechende Entschädigung bei sich aufzunehmen, die bringende Bitte  
ihre Bereitwilligkeit dazu und ihre genaue Adresse umgehend dem Verbandsbüro  
zu melden. Kollegen! Wir hoffen nicht vergeblich an eure Kollegialität und  
Gastfreundschaft zu appellieren.

**Der geschäftsführende Ausschuss.**

gez. F. Neustedt, Verb.-Sekretär.

**Begrüßungsfeier zu Ehren der  
Abgeordneten des 21. Verbandstages**

am 2. Pfingstfeiertag, Montag, den 5. Juni 1922,  
in sämtlichen Räumen des Verbandshauses der Deutschen  
Gewerksvereine, Berlin NW. 55, Greifswalderstr. 221/23

**Konzert ♦ Gesang ♦ Tanz.**

Die Gesangsvorträge hat der Männergesangsverein Charlottenburg Gewer-  
vereinsliedertafel freundlichst übernommen.

Zu dieser Begrüßungsfeier ladet alle Gewerkschaftskollegen und Kolleginnen  
mit ihren Familien freundlichst ein. Beginn 7 Uhr. Saalöffnung 6 Uhr.

Die soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine.  
gez.: Jordan.

**Eiserne Ziehklingenhobel,**



Schabhobel, Ersatzselen, Simshobel, Schiff-  
hobel, Ziehklingen, Gekröpfte Feinsägen,  
Fournier sägen, Leimkratzer, Döbeln etc.,  
Bohrstiftsteller mit Aufreißer usw. liefert  
H. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.

**Kollegen**  
verfügt über Mobilar  
gegen Feuer u. Diebstahl!  
Auskunft erteilt je die ört-  
liche Verwaltungsstelle und  
das Verbandsbüro Berlin  
NW. 55, Greifswalder-  
straße 221/23, Abt. für Ver-  
sicherungsangelegenheiten.

**Tüchtige  
Tischler**

stellt ein  
H. Jäger, Ant.-Gef.  
Sachsen (Lausitz).

**Stuhlflechtrohr**

Natur, Halbglanz, beste erziehbare Qualität,  
liefert zum billigsten Tagespreis

H. Walther, Dresden 22, Rehefelderstr. 53.

**Kollegen, werbet Mitglieder  
für unsern Gewerksverein!**

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs-  
nummer ist der 20. Wochenbeitrag  
für das Jahr 1922 fällig.